



Liestal, 9. Januar 2019

Smarte Kooperation statt starre Fusion FDP Baselland lanciert Kooperationsinitiative als Alternative zum risikoreichen und schwerfälligen Spitalkoloss

- Die Kooperationsinitiative ist eine funktionierende Alternative zur Grossfusion, um effizienzsteigernde Kooperationen zu fördern
- Für den sich rasch wandelnden Gesundheitsmarkt braucht es ein Netzwerk mit agilen und fokussierten Anbietern – Staatliche und Private
- Der Spitalkoloss zementiert den Status Quo der bestehenden öffentlichen Spitallandschaft und führt zu einem weiteren massiven Kosten- und Prämienanstieg
- Die Fusion bringt dem Unispital keine zusätzlichen Patienten - Kooperationen mit regionalen, nationalen und internationalen Partnern stärken die Spitzenmedizin

Die FDP Baselland hat an einer Medienkonferenz in Liestal den Kampagnenauftritt zur Kooperationsinitiative lanciert. Marianne Hollinger, FDP Gemeindepräsidentin von Aesch und ehemalige Landrätin, betonte, dass die FDP von Beginn an ihre Fragen, Bedenken und Lösungsansätze in die Spital-Debatte eingebracht hat. Leider seien aber viele der Argumente unter anderem wegen der Interessenkonflikte der Kantone als Eigner, Regulator und Versorger von den beiden Regierungen nicht sorgfältig geprüft worden. Hollinger betonte, dass die FDP die von beiden Regierungen definierten Ziele und die gemeinsame regionale Gesundheitsplanung unterstützt. Und weiter: «Die Behauptung, dass es keine Alternative zur Fusion gibt, ist falsch. Schenkt man gewissen Fusionsbefürwortern Glauben, dann wird nach einer Ablehnung der Fusion das pure Chaos ausbrechen. Die von uns heute lancierte Kooperationsinitiative ist eine funktionierende Alternative zur risikoreichen Spital-Grossfusion und das Resultat von intensiven Diskussionen innerhalb der Partei, mit Leistungserbringern und Gesundheitsexperten.» Hollinger ist überzeugt, dass damit die Ziele der beiden Regierungen rascher und effektiver erreicht werden können. Mit der Kooperationsinitiative würden effizienzsteigernde Kooperationen ausdrücklich gefördert. Siehe Initiativtext unter: www.fdp-bl.ch/kampagnen/kooperation-statt-fusion/

Für den sich rasch wandelnden Gesundheitsmarkt brauche es ein Gesundheitsnetzwerk mit agilen und handlungsfähigen Anbietern – Staatliche und Private – die rasch auf das sich verändernde Marktumfeld und Innovationen im Gesundheitsbereich (Bsp. Digitalisierung, Robotik) reagieren könnten. Agile kleinere Anbieter seien eher in der Lage, Strukturbereinigungen vorzunehmen, Kooperationen einzugehen und auch wieder aufzulösen, statt ein starrer und schwerfälliger Spitalkoloss. Und sie betonte: «Es ist falsch zu behaupten, dass nur die öffentlichen Spitäler die Grundversorgung sicherstellen können. In der von uns unterstützten gemeinsamen Spitalplanung

geht es darum, Anreize zu schaffen, dass verschiedene Marktteilnehmer, auch solche, die heute noch gar nicht existieren, die Grundversorgung kosteneffizient anbieten. Seit Jahren bieten die Privatspitäler die Grundversorgung an, da die Aufnahmepflicht für allgemeinversicherte Patienten auch für Privatspitäler.»

Bei einer Ablehnung der Fusion würde die Qualität leiden, sagen die Fusionsbefürworter. Die Fakten zeichnen laut Hollinger ein ganz anderes Bild. Staatliche Spitäler in unserer Region würden laut der aktuellen Auswertung des Nationalen Vereins für Qualitätsentwicklung in Spitälern und Kliniken (ANQ) in der Qualität signifikant schlechter abschneiden als der Schweizer Durchschnitt. Die Grundversorgung soll laut Hollinger nahe bei den Menschen sein in dazu passenden Strukturen. Mit zunehmender Grösse des Spitals bestehe die Gefahr, dass die zwischenmenschliche Beziehung distanzierter und unpersönlicher werde.

FDP Landrat Rolf Blatter nannte die fünf wichtigsten Risiken für die Patienten, Steuer- und Prämienzahler im Fall einer Grossfusion:

- Das Struktur-Risiko: Die Fusion führt zu zementierten und starren Strukturen. Der Spitalkoloss kann nicht rasch und effektiv auf Veränderungen im Gesundheitssystem, im Markt und in der Technologie reagieren.
- «Too big to fail»-Risiko: Kantone müssen ein Grossspital im Fall eines Versagens stützen, da dies zu Problemen in der Gesundheitsversorgung führen und tausende Arbeitsplätze gefährden würde. Steuerzahler müssten dann für teure Defizitgarantien und massive Nachschussfinanzierungen aufkommen.
- Marktmacht-Risiko: Eine Marktmacht, hier mit einem Marktanteil von 70%, führt immer zu höheren Kosten, zu einer Verschlechterung der Qualität und bremst den Wettbewerb und Innovationen.
- Risiko der langfristigen Bindung: Der Fusionsvertrag kann frühestens nach 15 Jahren aufgelöst werden.
- Risiko für den Verlust des Patientenfokus: Die beiden Unternehmen werden jahrelang "am Fusionieren" sein, das zeigte schon die aus heutiger Sicht gescheiterte Fusion der Baseliener Spitäler zum heutigen KSBL. Der Patient wird dabei ganz sicher nicht im Mittelpunkt stehen.

Aus Wettbewerbssicht abzulehnen ist laut Blatter zudem die Mehrfachrolle des Kantons, welche mit einer Fusion über Jahrzehnte hinaus zementiert würde: Er sei gleichzeitig Eigner, Regulator, Besteller von Leistungen und Aufsichtsstelle. Zielkonflikte und Wettbewerbsverzerrungen seien daher unvermeidlich. Die FDP Baselland erachte es als langfristiges Ziel, dass der Kanton Gesundheitsdienstleistungen einkaufe und nicht selber Institutionen betreibe. «Was uns stark an den Vorteilen einer Fusion zweifeln lässt, ist das Faktum, dass die Befürworter keine stichhaltigen und faktenbasierten Antworten auf die alles entscheidenden Fragen zum Patientennutzen, zu den Kosteneinsparungen, zu den Abbauplänen der Überkapazitäten und zu den Folgen auf die Qualität haben. Unverständnis lösen laut Blatter auch die Pläne am Standort Bruderholz aus: «Die Investitionen in einen Neubau für die Orthopädie macht keinen Sinn in Anbetracht der existierenden deutlichen Überkapazitäten in der Region.»

FDP Landrat Thomas Eugster ist überzeugt dass der Spitalkoloss nicht zu mehr Kosteneffizienz, sondern im Gegenteil zu einer Kostenexplosion führen wird. Der Kanton Basel-Stadt sei schweizweit absoluter Spitzenreiter bei den Gesundheitskosten pro Kopf, hat die höchste Bettendichte, die

höchsten Krankenkassenprämien und die höchste Operationsrate. Auch das Baselbiet leide an einer Überversorgung an Spitälern und an sehr hohen Krankenkassenprämien. Um die Kosten zu dämpfen, müssen laut Eugster die herrschenden Überkapazitäten massiv abgebaut werden. Aber genau das mache die Spitalfusion nicht, sondern sie zementiere die bestehenden Spitalstandorte und damit auch die Überkapazitäten. Aus diesen Gründen käme die Spitalfusion den Prämien- und Steuerzahler teuer zu stehen. Und weiter: «Die Fusionsbefürworter gehen davon aus, dass der Personalbestand und die Bettenzahl nur unwesentlich verändert werden. Und ob dann später die heissen Eisen wie der Abbau von Stellen und Betten tatsächlich angefasst werden, ist auf Grund der Mehrfachrollen der Kantone und der grossen Einflusses der Gewerkschaften stark zu bezweifeln. Ziele der Fusion sind – und das geben auch immer mehr Befürworter zu, der Erhalt der öffentlichen Spitäler sowie die Bündelung der Fallzahlen und nicht die Kosteneffizienz.»

Grossspitäler sind laut Eugster wegen ihrer Grösse nicht kosteneffizienter, da die Synergien nicht spielen und die Administration und Bürokratie zunimmt. Die Baserates der öffentlichen Spitäler seien in der Region höher als jene der Privatspitäler. Die Behandlung pro Fall aus der Grundversorgung sei im USB rund 800 Franken teurer als im KSBL und rund 1000 Franken teurer als in den Privatspitälern. Fakt sei, dass bei einer Fusion ein Grossteil der Grundversorgung in diesen im Konkurrenzvergleich teureren Strukturen konzentriert werde. Die Zusammenlegung der Infrastruktur der beiden Fusionspartner erlaube keine kosteneffiziente Grundversorgung – das würden mittlerweile auch namhafte Unterstützer der Fusion zugeben. Und weiter: «Eigentlich sollte man die Grundversorgung von der Hochspezialisierten Medizin trennen. Die kleineren privaten und staatlichen Spitäler sollten die Grundversorgung sicherstellen mit ihren darauf ausgerichteten kostengünstigeren Strukturen.»

Die anvisierten Kosteneinsparungen der fusionierten Spitalgruppe von jährlich 70 Millionen Franken entsprechen laut Eugster nur fünf Prozent des Gesamtumsatzes. Diese Einsparungen könnten in einem effizient geführten Unternehmen – ohne risikoreiche Grossfusion – eingespart werden.

Sven Inäbnit, FDP Landrat und Vizepräsident der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission, zeigt kein Verständnis für die Alarmbereitschaft der Fusionsbefürworter, die das Ende der Hochspezialisierten Medizin bei einem Nein zur Fusion prophezeien. Das Unispital müsse sich gegen nationale wie auch internationale Konkurrenten behaupten. Entscheidend sei, wie sich das Spital in diesem Wettbewerb mit strategischen Kooperationen in Kernbereichen positioniere. Es gehe darum, die Kompetenz in Kernbereichen zu steigern mit hohen Fallzahlen und den besten medizinischen Fachkräften. Bei den Fallzahlen gehe es vor allem darum, zusätzliche ausserkantonale Patienten zu gewinnen. Und weiter: «Um hier Klartext zu sprechen, die Fusion bringt dem Unispital keinen einzigen zusätzlichen Patienten, denn die Baselbieter gehen jetzt schon ins Unispital.» Kooperationen mit anderen regionalen, nationalen und internationalen Anbietern von Spitzenmedizin sei wesentlich wichtiger zur Aufrechterhaltung der universitären Medizin in der Region.

Weiter werde behauptet, dass die Pharmaindustrie bei einem Nein zur Fusion nicht mehr mit dem Unispital medizinische Studien durchführen werde. Diese Aussage ist laut Inäbnit falsch: «Die globale Pharmaindustrie vergleicht mögliche Studienpartner auf einer internationalen Basis. Entscheidend sind die Kompetenz und die Reputation eines Forschungsteams in einem spezifischen Fachgebiet.»

Kontakt:

Sven Inäbnit, Landrat der FDP BL, 079 322 39 31, sven.inaebnit@bluewin.ch

Daniel Piller, Leiter Kommunikation FDP BL, 079 341 36 78, daniel.piller@fdp-bl.ch